



## **PRESSEMITTEILUNG**

**Dienstag, 8. Juni 2021**

### **Bundesregierung will Renteneintrittsalter weiter erhöhen - AfD fordert solide Finanzierung der Renten**

Nach Plänen aus dem Bundeswirtschaftsministerium soll das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre erhöht werden.

Es ist seit Langem absehbar, dass das Rentensystem in seiner jetzigen Form auf keiner soliden Grundlage mehr steht. Doch die Regierungen der vergangenen Jahre haben nichts dagegen unternommen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen nun noch länger arbeiten, um dieses Versagen zu kompensieren.

Jan Schiffers, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, äußert sich dazu wie folgt: „Seit vielen Jahren werden versicherungsfremde Leistungen aus dem Topf der Rentenversicherung bezahlt. Dies sind Kriegsfolgekosten, Erziehungszeiten, das Fremdrentengesetz, Anrechnungszeiten und andere Leistungen mehr. Diese Kosten haben mit der Rentenversicherung nichts zu tun und müssten daher durch Steuereinnahmen des Staates finanziert werden.

Über die Jahre hinweg sind dadurch Expertenschätzungen zufolge ca. 700 Milliarden Euro der Rentenkasse entzogen worden.

Arbeitnehmer in anderen EU-Staaten gehen im Durchschnitt viel früher in den Ruhestand -- in Frankreich beispielsweise mit 59,3 Jahren und in der Slowakei sogar schon mit 58,7 Jahren. Es kann nicht sein, dass die Deutschen viele Jahre länger auf den verdienten Ruhestand warten sollen.

Die Rente ist kein Almosen des Staates, sondern ein gesetzlicher Anspruch, der durch jahrzehntelange hohe Beiträge erworben wurde.“

Ulrich Singer, der seniorenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, ergänzt dazu folgendes: „Nicht nur, dass die Menschen länger arbeiten sollen, nein, auch die Höhe der Renten liegen innerhalb der EU weit auseinander. Während 2019, laut einer Erhebung der OECD, Rentner in Italien, Luxemburg, Österreich und Portugal rund 90 % ihres Gehaltes bekommen, sind es in Deutschland gerade mal 51,9 %. Und in der Zukunft wird es wohl noch weniger sein.

Würde Deutschland das Geld seiner Steuerzahler nicht in aller Welt, speziell in der Geldkrake EU, verteilen, könnte man auch bei uns den Rentnern ein angemessenes Auskommen im Alter garantieren und müsste weder das Rentenalter nach oben noch die Bezüge immer weiter nach unten korrigieren.

Vor allem muss die Regierung aber dafür Sorge tragen, dass die Gelder aus den versicherungsfremden Leistungen wieder dem eigentlichen Zweck, nämlich der Rentenkasse, zugute kommt. Alles andere gleicht schon fast einem Diebstahl am Beitragszahler.“

**Abgeordneter  
Jan Schiffers**

Mitglied des Ausschusses  
für Arbeit und Soziales,  
Jugend und Familie

Integrationspolitischer  
Sprecher der AfD-Fraktion

Kinder- und jugendpolitischer  
Sprecher der AfD-Fraktion

Maximilianeum  
81627 München  
[www.bayern.landtag.de](http://www.bayern.landtag.de)

Bürgerbüro  
Schützenstraße 12  
96047 Bamberg  
Telefon +49 951 914166-45  
Fax +49 951 914166-47  
E-Mail:  
[buero@jan-schiffers-mdl.de](mailto:buero@jan-schiffers-mdl.de)